

Nottwil Aktuell

Formular: Text

Verein / Organisation	Grünliberale Nottwil
Vorname	Markus
Name	Hess
Adresse	Studenstrasse 14a
PLZ / Ort	6207 Nottwil
Telefon	079 471 97 12
E-Mail	welcome@hessdevelopment.ch
Kurzbeschrieb / Bemerkungen	

Dieses Formular als Word Dokument senden an: aktuell@nottwil.ch

Der Einsendeschluss ist der **21. (12.00 Uhr)** des Vormonats.

Informationen:

Um den Text zu formatieren, wählen Sie im Menu

- Format > Formatvorlage *oder*
- Format > Formatvorlagen und Formatierung

So können Sie ganz einfach den Text mit den vorgegebenen Formatierungen versehen (NA 01 bis NA 06 und Tabellenraster).

Schriften, Formatierungen, Seitenränder und Spalten dürfen nur nach Rücksprache mit der Redaktion verändert werden.

Die Redaktion hat das Recht Einsendungen, die nicht den Vorgaben entsprechen, zu korrigieren, zu bearbeiten, zu kürzen oder allenfalls zum Inseratetarif zu verrechnen.

Grünliberale Partei

Oberer Sempachersee,

Nottwil



Liebe Nottelerinnen und Notteler

Die Abstimmungsvorlagen per 13.6.21 sind wichtig. Es geht um:

I. Volksinitiative vom 18. Januar 2018 «Für **sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung** – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»

II. Volksinitiative vom 25. Mai 2018 «Für eine Schweiz **ohne synthetische Pestizide**»

III. Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (**Covid-19-Gesetz**)

IV. Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (**CO2-Gesetz**)

V. Bundesgesetz vom 25. September 2020 über polizeiliche Massnahmen zur **Bekämpfung von Terrorismus**

In dieser Ausgabe beschränken wir uns auf die Diskussion um die beiden Initiativen (I. und II.). In der Juni-Ausgabe befassen wir uns dann mit den restlichen drei Vorlagen.

I. «Trinkwasser-Initiative»: Der Bund soll dafür sorgen, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur sicheren Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser. Zu diesem Zweck richtet er die Massnahmen so aus, dass die Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllt. Er kann dabei Landwirtschaftsbetriebe von Direktzahlungen ausschliessen, die Pestizide (Pflanzenschutzmittel) und Antibiotika einsetzen. Die Bauernbetriebe erhalten eine Anpassungsfrist von acht Jahren.

Wir untersuchen in der Folge Vor- und Nachteile der Initiative und weiten den Blick im Thema auf Nottwil und Umgebung.

Vorteile der Initiative:

1. Der Bund kann die Verwendung von Pestiziden und Antibiotika stärker beeinflussen. Eine

neue, **ökologischere Agrarpolitik wird möglich.**

2. Landwirtinnen und Landwirte wie auch Konsumentinnen und Konsumenten erhalten das Signal: „Wir wollen und sollen rascher gesünder und mitweltverträglicher leben, konsumieren und wirtschaften.“
3. Ökologische Lücken bei Emissionsminderungen (Wasserqualität, Pflanzenschutzmittel, Nährstoffe, Ammoniak) würden verringert und die von Bund und Kantonen gesetzten ökologischen Ziele könnten schneller erreicht werden.
4. Die Direktzahlungsmassnahmen im Bereich Gewässer- und Pflanzenschutz könnten aufgehoben und das Direktzahlungssystem vereinfacht werden, was eine administrative Entlastung zur Folge hätte.
5. Der Einsatz von Antibiotika würde weiter zurückgehen und damit ein Beitrag geleistet, die Wirksamkeit von Antibiotika langfristig zu erhalten.

Nachteile der Initiative:

1. Bei unverändertem Konsumverhalten und geringerer Inlandproduktion würde der Import von Lebensmitteln wohl zunehmen. Produktionsverläufe im Ausland sind aus der Schweiz nur schwer kontrollier- und beeinflussbar.
2. Sowohl die auf zugekauften Futtermitteln basierende tierische Produktion (insbesondere von Schweinen und Geflügel) als auch die pflanzliche Produktion in der Schweiz würde zurückgehen, bäuerliche Einkommen kämen unter Druck.
3. Bei Bauern, die auf Direktzahlungen verzichten wäre die staatliche Kontrolle von hygienischen Massnahmen nicht mehr im bisherigen Umfang möglich.
4. Durch das generelle Verbot des prophylaktischen Antibiotika-Einsatzes bestünde das Risiko einer Zunahme eigentlich vermeidbarer Krankheitsfälle bei Tieren.

Zwischenfazit: Die Initiative bietet keine schlüsselfertige Lösung für die schweizerische Agrarpolitik. Aber, sie ist eine Grundlage und Chance, die Agrarwirtschaft neu zu gestalten. Die Trinkwasserinitiative ist ein sehr wichtiger Sensor für das Volksempfindungen und gibt bei den zuständigen Parlamentariern und dem Bundesrat ein **Signal für die einzuschlagende Richtung.**

Wir weiten nun den Blick auf die letzten Geschehnisse im Bundesparlament und in unserer Region, zum Thema Trinkwasser:

Das Bundesparlament hat die Beratung der Vorlage Agrarpolitik 22 (AP 22+) im vergangenen Februar in Erwartung der Abstimmungen zu den hier

vorgestellten Initiativen und aufgrund des starken Lobbying des Schweiz. Bauernverbandes sistiert. Die AP22+ hätte Teile der Trinkwasser- und Pestizidinitiative aufgenommen und sich u.E. für alle Beteiligten verträglich umsetzen lassen. Die Diskussion zur AP22+ soll per Frühling 2023 im Bundesparlament wieder aufgenommen werden. Wir bedauern das ewige Hinausschieben von grundlegenden Diskussionen und Entscheidungen in der Agrarpolitik sehr. Es bringt uns nicht weiter. Im Gegenteil, Natur und Mensch geraten weiter unter Druck, siehe nachfolgende Beispiele.

Uns Notteler*innen sollten die in unserer Region auftauchenden Trinkwasservorkommnisse nicht egal sein: **Aktuell wird aus keiner der Notteler-Quellen Trinkwasser für die Gemeinde bezogen.** Dies wegen zu hohen Anteilen an Chlorothalonil. Chlorothalonil ist ein Pestizid, eingesetzt gegen Pilzbefall im Acker-, Gemüse, Wein- und Zierpflanzenbau. Seit Mai 2020 darf das Mittel nicht mehr verwendet werden¹. Vorläufig beziehen wir unser Trinkwasser aus Schenkon, Sursee und Sempach (aufbereitetes Seewasser). In rund zwei Jahren sollten wir dann Grundwasser aus der Region Emmen beziehen können, mit welchem die geforderten Grenzwerte wieder erreicht werden sollen. Der Gemeinderat berichtete in der März-Ausgabe über die Situation.

Sempachersee: Seit Jahrzehnten bemühen wir uns in der Region erfolglos, den Sempachersee in sein eigenes ökologisches Gleichgewicht zu bringen. Dank einer künstlichen Belüftung gelingt es im Sommer, den Phosphatgehalt innerhalb der akzeptierbaren Messwerte zu halten und Schlimmeres abzuwenden (vgl. <https://sempachersee.ch/>). Woher der Phosphor? Phosphor ist in der Gülle enthalten, eigentlich ein Nährstoff, der jedoch in zu hoher Konzentration in Gewässern zu einer Überdüngung führt, das Algenwachstum verstärkt, welches seinerseits eine Sauerstoffabnahme im Gewässer bewirkt und dadurch Fischbestände und andere Wasserlebewesen bedroht.

Die Arbeitsgruppe Seesanieung Luzern-Aargau (ASSAN) hat das Ziel von 30mg Phosphorgehalt pro m³ Wasserkörper auf 15 mg/m³ herunterkorrigiert. Weitere grosse Anstrengungen zur Seewassersanieung des Sempachersees drängen sich deshalb auf. Aktuell sind bloss 60% der Landwirtschaftsbetriebe im sog. Seevertrag eingebunden; durch diesen werden Landwirte für das reduzierte Ausbringen von Gülle vom Kanton entschädigt.

Gülle enthält ebenfalls Nitrat. Nitrat wird beim Aufnehmen durch den Menschen in Nitrit gewandelt. Dieses kann je nach Konzentrationsstärke v.a. bei Säuglingen gesundheitlich schwerwiegende Folgen nach sich ziehen².

In diesem Zusammenhang ist es bedeutend, dass die Nitratlast einer heute, 2021, ausgeführten Gülle über eine Dauer von bis ca. 20 Jahren im Boden «klebt», also bis 2041. Die Schadstoffe werden durch Niederschläge nur langsam abgetragen.

Konsequenterweise müssten deshalb sämtliche Güllen Ausbringungen sehr rasch eingestellt werden. Eine intensivere Zusammenarbeit mit der Biogasanlage Inwil drängt sich in diesem Zusammenhang übrigens auf.

Am Beispiel Sempachersee (ebenso Baldegger- und Hallwilersee) zeigt sich anschaulich, wo wir mittlerweile mit der aktuellen Agrarpolitik gelandet sind: Jährlich zahlen wir schon mal nur auf Bundesebene an die Landwirtschaft Steuergelder im Umfang von rund 3 Mia. Direktzahlungen³, leisten zusätzlich Produktions- und Absatzförderung, im Umfange von ca. 450 Mio., und unterstützen in der Landwirtschaft sogenannte Strukturverbesserung und soziale Massnahmen im Umfange von ca. 80 Mio. (<https://www.economiesuisse.ch>). All diese Unterstützungsmassnahmen tragen dazu bei, dass die Landwirtschaft «motiviert» intensiv produziert, so dass wir mit weiteren Steuergeldern gezwungen werden, den angerichteten Schaden so gut wie möglich zu reparieren und das seit Jahren, siehe künstliche Belüftung Sempachersee. Sie kostet die Seegemeinden jährlich rund CHF 500'000.-.

Weiter ist bemerkenswert, dass alle Haushalte in Büron, Schlierbach und Wetzwil letzten September aufgerufen werden mussten, ihr Trinkwasser abzukochen. Ursache: In Wetzwil wurde Mist ausgeführt, welcher das Grundwasser temporär stark verseuchte.

Mit dem aktuellen Verhalten überfordern wir seit Jahrzehnten permanent die Systeme Natur und Mensch. Die existierenden Subventionskreisläufe führen dazu, dass wir uns selbst an den Haaren aus dem Sumpf ziehen wollen – Symptome bekämpfen, anstatt ernsthaft an tieferliegenden Ursachen zu arbeiten. Es ist Zeit für mitweltverträgliche Reformen in der Landwirtschaftspolitik!

Bei Ablehnung der Trinkwasserinitiative riskieren wir auf unbestimmte Zeit ein Weiterwursteln und -subventionieren wie bisher. Neue Ideen drohen

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Chlorothalonil>

² <https://www.quarks.de/umwelt/landwirtschaft>

³ Direktzahlungskategorien: Kulturlandschaft, Versorgungssicherheit, Biodiversität, Landschaftsqualität, Produktionssystem,

Ressourceneffizienz, Übergang (vgl. <https://www.economiesuisse.ch>). Economiesuisse beziffert die Landwirtschaftssubventionen bei Vollkostenbetrachtung, inkl. Import- und Zollschatz, auf jährlich rund 20 Mia., was rund 20% des Bundesbudgets entspricht.

durch Besitzstanddenken, Partikularinteressen und parlamentarischen Kuhhandel abgeblockt zu werden⁴.

Wichtig: Am Steuer der Agrarpolitik sitzen vor allem wir, als Konsumentinnen und Konsumenten von Lebensmitteln und Landwirtschaftsprodukten: Durch unser Einkaufsverhalten lenken wir die Menge und Qualität des Angebotes entscheidend mit. Wir sollten bewusst verstärkt Bioprodukte kaufen, auch wenn sie etwas teurer sind und eventuell etwas schrumpelig, aber dafür phosphor-, nitrat- und pestizidfrei angeboten werden.

Fazit: Ein Ja zur Trinkwasserinitiative ist nicht die «Endlösung», weist aber dem suchenden Parlament und Bundesrat eine Richtung. Deshalb stimmen wir **JA**.

II. Volksinitiative vom 25. Mai 2018 «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

Diese Initiative verbietet synthetische Pestizide (Pflanzenschutzmittel) in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Ebenso verboten ist die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind.

Es gilt eine Anpassungs- und Übergangsfrist von 10 Jahren. Ausnahmen zur Verwendung von Pestiziden kann der Bundesrat anordnen, zur Abwehr einer gravierenden Bedrohung von Landwirtschaft, Mensch oder Natur sowie bei einer schweren Versorgungsknappheit.

Zu dieser Initiative gelten weitgehend die vorstehend dargelegten Argumente zur Trinkwasserinitiative. Aber, die Pestizid-Initiative enthält mehrere kleinere ungeklärte Widersprüche: das pauschale Importverbot von Pestiziden widerspricht grundsätzlich den Regeln des internationalen Handelsrechts (WTO-Recht). Hier laufen wir das Risiko, dass andere WTO-Mitglieder ein schweizerisches Verbot als Verstoss gegen das internationale Handelsrecht taxieren und uns einklagen. Weiter ist der Anbau von gewissen Kulturen wie Raps, Zuckerrüben oder verschiedenen Gemüse- und Obstkulturen ganz ohne synthetische Pflanzenschutzmittel schwierig. Hier müssten u.E. Alternativen benannt, Ausnahmen erlaubt oder grosszügigere Übergangsbedingungen in Anspruch genommen werden können.

Wichtig: Die biologische Vielfalt hat in der Schweiz seit 1900 deutlich abgenommen. Die Wissenschaft, die Verwaltung sowie die OECD und die Europäische Umweltagentur EUA weisen darauf hin, dass die bisherigen Instrumente und Massnahmen zwar teilweise erfolgreich, aber längst nicht ausreichend sind. Der Verlust an Lebensräumen und Artenvielfalt sowie die Verschlechterung der Lebensraumqualität konnte nicht gestoppt werden⁵. Verantwortlich dafür ist jedoch nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch der Druck auf naturnahe Lebensräume durch Zersiedelung und Infrastruktur.

Fazit: Wir erachten die Pestizidinitiative als zu unausgegoren und empfehlen Stimmfreigabe.

Markus Hess

Präsident Grünliberale Partei Oberer Sempachersee, Nottwil

NB: Den nächsten **GLP Polit-Höck**, inkl. Besprechen der Traktanden der nächsten Gemeindeversammlung (17.5.) führen wir per **Mi 12. Mai, zwischen 19.00 bis ca. 21.00h** durch. Ort: Lounge / Bar im **Hotel Sempachersee**, Nottwil. Je nach Corona-Situation führen wir das Treffen virtuell durch. Interessenten sind herzlich willkommen und sollen sich bitte beim Autor melden (079 471 97 12).

⁴ Parlamentarischer Kuhhandel: Die FDP holte sich beim Bauernverband die Unterstützung bei der Konzernverantwortungsinitiative (Abstimmung 29.11.20), der Bauernverband seinerseits erhält nun bei der Trinkwasserinitiative Hilfe von der FDP.

⁵ <https://www.blw.admin.ch/blw/de/>